

V0020/22

Erstes Vollholz-Haus in Ingolstadt

- Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.10.2021 -

Stellungnahme der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt GmbH

(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Stadtrat vom 24.02.2022

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion **V0936/21** und der Antrag der Verwaltung **V0020/22** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Bannert bemängelt, dass der Originalantrag nicht korrekt übernommen worden sei. Es handelt sich nicht um ein Vollholzhaus, sondern um ein Vollholzhochohaus. Insofern sei auch die Begründung seitens der GWG nicht korrekt. Durch die Verwendung von Holz werden andere Baumaterialien und Kohlenstoffdioxide eingespart. Weiter verweist er auf die Stellungnahme der GWG im Hinblick auf die prozentualen Mehrkosten für Holzbauweisen. Dies sei nach seinen Worten nicht korrekt. Die GWG stehe einer zukünftigen Holzbauweise sehr negativ gegenüber. Dies sei seinerseits nicht zu akzeptieren. Mit einer solchen Entscheidung sei ein kleiner Beitrag für die Rettung des Planeten für künftige Generationen zu leisten. Insofern bittet er um Zustimmung des Antrags der AfD-Stadtratsfraktion.

Als Aufsichtsratsvorsitzende der GWG betont Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass sich die GWG nicht gegen nachhaltiges Bauen ausspreche. Die GWG habe schon sehr früh Erfahrungen mit dem Bau von Holzhäusern gesammelt. Allerdings seien diese im Hinblick auf technische Schwierigkeiten und Wasserschäden, nicht durchwegs positiv gewesen. In Anbetracht der gestiegenen Holzpreise müsse die GWG auch auf die Wirtschaftlichkeit achten. Insofern könne die GWG nicht in ein derartiges wirtschaftliches Abenteuer geschickt werden. Weiter weist Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll darauf hin, dass derzeit kein Standort für eine solche Bebauung zur Verfügung stehe.

Mit diesem Antrag wolle man darauf hinwirken, dass mehrgeschossige Vollholzhochohäuser errichtet werden. Der Standort sei nach Worten von Stadtrat Bannert komplett offen. Es gebe genügend Möglichkeiten im Stadtgebiet für die Errichtung. Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion setze keine Zeitschiene, sondern wolle ein politisches Signal an die GWG für künftige Projekte in Holzbauweise senden.

Die AfD-Stadtratsfraktion könne in Anspruch nehmen einen Impuls gegeben zu haben, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Er bemängelt, dass im Antrag klar definiert sei, dass dies bei zukünftigen Bauten erfolgen solle. Dies sei ein klarer Auftrag. Die Stellungnahme der GWG weise klar auf die Problematik und auf das Abwarten weiterer Forschungsergebnisse hin. Aus Sicht von Stadtrat Dr. Schuhmann sei dies durchaus Interessant, aber jetzt auf eine Abstimmung zu bestehen sei unmöglich.

Es müsse schon differenziert festgehalten werden, dass so lange es keine anderen Alternativen gebe, Holzbau die Zukunft sei, so Stadtrat Pauling. Für die Stadtratsgruppe DIE

LINKE sei der Zeitpunkt und auch die Frage, in welcher Gänze die Umsetzung mit Holz erfolge, sehr wichtig. Es gebe sehr wohl bei Gebäuden eine Sinnhaftigkeit, einen Stahlbetonkern zu errichten, da sich dieser aufheize und die Energie im Winter halte. Pauschal ein Vollholzhaus zu fordern, müsse von daher nicht immer Sinn machen. Im Hinblick auf die steigenden Holzpreise habe sich die Stadtratsgruppe DIE LINKE von den Holzforderungen distanziert. Dies sei nämlich dann nicht mehr mit Nachhaltigkeit vereinbar. Stadtrat Pauling weist darauf hin, dass er sich nicht mit der Stellungnahme der GWG zufrieden zeige. Technische Probleme könnten nur gelöst werden, wenn man diese auch ausprobiere und sich damit auseinandersetze. Grundsätzlich sollte man sich nicht dem Ganzen verbauen. Sobald die Preislage es wieder hergebe, regt er eine Prüfung der GWG an.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0020/22**:

Gegen 4 Stimmen (AfD-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.